

Jelzins Krieg im Kaukasus. (I): '... wohl nicht gegen Rußland?'

Halbach, Uwe

Veröffentlichungsversion / Published Version
Forschungsbericht / research report

Empfohlene Zitierung / Suggested Citation:

Halbach, U. (1995). *Jelzins Krieg im Kaukasus. (I): '... wohl nicht gegen Rußland?'*. (Aktuelle Analysen / BIOst, 1/1995). Bundesinstitut für ostwissenschaftliche und internationale Studien. <https://nbn-resolving.org/urn:nbn:de:0168-ssoar-45245>

Nutzungsbedingungen:

Dieser Text wird unter einer Deposit-Lizenz (Keine Weiterverbreitung - keine Bearbeitung) zur Verfügung gestellt. Gewährt wird ein nicht exklusives, nicht übertragbares, persönliches und beschränktes Recht auf Nutzung dieses Dokuments. Dieses Dokument ist ausschließlich für den persönlichen, nicht-kommerziellen Gebrauch bestimmt. Auf sämtlichen Kopien dieses Dokuments müssen alle Urheberrechtshinweise und sonstigen Hinweise auf gesetzlichen Schutz beibehalten werden. Sie dürfen dieses Dokument nicht in irgendeiner Weise abändern, noch dürfen Sie dieses Dokument für öffentliche oder kommerzielle Zwecke vervielfältigen, öffentlich ausstellen, aufführen, vertreiben oder anderweitig nutzen.

Mit der Verwendung dieses Dokuments erkennen Sie die Nutzungsbedingungen an.

Terms of use:

This document is made available under Deposit Licence (No Redistribution - no modifications). We grant a non-exclusive, non-transferable, individual and limited right to using this document. This document is solely intended for your personal, non-commercial use. All of the copies of this documents must retain all copyright information and other information regarding legal protection. You are not allowed to alter this document in any way, to copy it for public or commercial purposes, to exhibit the document in public, to perform, distribute or otherwise use the document in public.

By using this particular document, you accept the above-stated conditions of use.

Jelzins Krieg im Kaukasus

Teil I: "... wohl nicht gegen Rußland?"

Zusammenfassung

Der Krieg in Tschetschenien verändert Rußland. Die vorliegende Analyse setzt sich mit dieser Rückwirkung auseinander. Der erste Teil untersucht den Übergang von der verdeckten zur massiven militärischen Intervention Moskaus in Tschetschenien und den ihn begleitenden Meinungsprozeß in Rußland. Schon weit im Vorfeld der militärischen Intervention vom 11. Dezember waren aus unterschiedlichen Teilen der politischen Öffentlichkeit Rußlands massive Warnungen vor einer konfrontativen Politik im Kaukasus ergangen.

"Ich frage Sie nun: Gegen wen haben wir im Kaukasus sechzig Jahre lang Krieg geführt? - wohl nicht gegen Rußland, indem wir es zerstört haben?" Diese Frage legte Herzens Zeitschrift "Die Glocke" nach Jahrzehnten russischen Kolonialkriegs im 19. Jahrhundert der russischen Öffentlichkeit vor. 1994 formulierten die russischen Medien ähnliche Fragen in bezug auf Moskaus Tschetschenienpolitik. Heute braucht Rußland nicht mehr Jahrzehnte, um selbstzerstörerische Effekte eines Kaukasuskrieges zu erahnen.

Schon vor dem Marschbefehl waren genügend Elemente des Krieges evident: russische Soldaten waren entgegen den Dementis des Verteidigungsministeriums in Kämpfe in Tschetschenien verwickelt; russische Kriegsgefangene waren Gegenstand von Verhandlungen; die tschetschenische Führung appellierte an die Welt, die Aggression zur Kenntnis zu nehmen, und der russische Außenminister warnte die Welt davor, dies zu tun: Tschetschenien sei eine innerrussische Angelegenheit, Rußlands internationale Partner hätten sich nicht in sie einzumischen. Das war vor dem 11. Dezember. Neu war danach nur noch die Massivität der Intervention.

Es ist nicht Rußlands Krieg im Kaukasus, dafür sind zu viele Russen gegen diesen Krieg. Die Kräfte, die auf ihn zugesteuert sind, wurden schon vor dem Einmarschbefehl als die "Partei des Krieges" bloßgestellt. Schon im September kritisierte die "Nezavisimaja gazeta" den "kleinen Krieg der Präsidenten-

Administration", das russische "Schweinebucht-Abenteuer" im Kaukasus.¹ Wie einst in Herzens "Die Glocke" und wie später in bezug auf den Afghanistankrieg wurde auch diesmal, nur diesmal von Anfang an, der selbstzerstörerische Effekt herausgestellt, die Angst davor, daß Rußland mit seinem Vormarsch auf Tschetschenien in die Restauration und in den Polizeistaat marschieren könnte. Daß einer langen Kette von Gewaltakten gegen die Tschetschenen seit dem 19. Jahrhundert nun ein neues Glied hinzugefügt wird, stand dabei nicht im Mittelpunkt der Beanstandungen.

Von der verdeckten zur massiven Intervention

Seit Mai 1994 verschärfte sich die Auseinandersetzung zwischen der Russischen Föderation und der tschetschenischen Republik, dem einzigen "Föderationssubjekt", das 1991 die völlige Unabhängigkeit von Rußland proklamiert hatte.² Bis November mischte sich Moskau "indirekt" in Tschetschenien ein, seine "covert action" enthielt aber Elemente direkter Intervention. Ziel dieser Handlungsvariante war der Sturz Dudajews. Moskau suchte über einen Machtwechsel in Grosny die Regelung mit dem abtrünnigen "Föderationssubjekt" und setzte auf undurchsichtige lokale Oppositionsgruppen, die sich seit 1992 gegen das Dudajewregime gebildet hatten. Bei der Beurteilung der politischen und militärischen Kräfteverhältnisse in Tschetschenien unterlag die russische Führung ihrer eigenen Politik der Desinformation.

Seit November häuften sich die Vorwürfe der Regierung in Grosny, an Offensiven der Opposition gegen die Hauptstadt seien reguläre Streitkräfte Rußlands beteiligt. Die militärische Konfrontation mit Rußland veränderte die Position Dudajews in Tschetschenien. Zuvor hatten russische Quellen gemeldet, Dudajews Machtstellung beschränke sich auf den Präsidentenpalast, das übrige Land stünde in Opposition zu dem Regime. Das war eine drastische Übertreibung, traf aber soweit zu, daß Dudajew im eigenen Land diskreditiert war. Die Bedrohung durch Rußland nutzte das Regime zur "nationalen Integration". Eine gemeinsame Sitzung von Regierung, Parlament, Ältestenrat und lokalen Verwaltungen am 23. November verwandelte sich in einen ständigen Kongreß.³ Am 26. November rief Dudajew alle Männer zwischen 17 und 26 Jahren zu den Waffen. Militärkommandanturen wurden in den ländlichen Distrikten eingerichtet. Zuvor waren sogenannte "islamische Bataillone" und "Todeskommandos" gebildet worden. Gleichzeitig entstand in Tschetschenien eine "Friedenspartei" (Marshonan Toba) als neue politische Bewegung. Sie umfaßt verschiedene Parteien, Jugend-, Frauen- und Gewerkschaftsorganisationen, weltliche und geistliche Intellektuelle. In ihrem Programm klagte sie nicht näher genannte "Kräfte in Grosny wie in Moskau" an, auf einen neuen kaukasischen Krieg zuzusteuern.⁴

Einen Wendepunkt auf dem Weg zur massiven Intervention markierte die Offensive der "vereinigten Opposition" am 26. und 27. November. Dudajew nannte sie "den größten militärischen Zusammenstoß seit dem ersten kaukasischen Krieg" und hob hervor, daß sie ein "russischer Angriff" gewesen sei. Hunderte russischer Soldaten seien daran beteiligt gewesen.⁵ "Purer Unsinn", konterte der russische Verteidigungsminister; wenn dem so gewesen wäre, dann wäre alles "in ein paar Stunden erledigt" gewesen. So aber gab es 300 Tote. Freilich, "viele Söldner auf beiden Seiten" wollte auch Gratschow nicht ausschließen.⁶ Dudajew führte der Weltöffentlichkeit russische Kriegsgefangene vor.

Auch diese bislang größte Offensive war gescheitert und strafte die früheren russischen Meldungen Lügen, Dudajew sei militärisch und politisch erledigt. Damit schien die Konzeption der "covert action" am Ende zu sein, hinter der insbesondere der Geheimdienst gestanden hatte. Am 2. Dezember wurde der stellvertretende Direktor des FSK, Jewgenij Sowostjanow, seines Postens enthoben. Nach dem Scheitern der bewaffneten Opposition in Tschetschenien mußten Köpfe in Moskau rollen. Die militärische Option sei unumgänglich geworden, nachdem sich die Arbeit des Innenministeriums und des FSK als ineffektiv erwiesen habe, rechtfertigte der ehemalige Finanzminister Boris Fjodorow kurz nach dem Einmarsch russischer Truppen in Tschetschenien das Vorgehen. "Heute ist es besser, in der tschetschenischen Krise vorwärts zu drängen."⁷

Am 29. November folgte das erste Ultimatum Jelzins an die "bewaffneten Formationen in Tschetschenien".

¹ J.Ichlov, A.Èistov, in: NG, 7.9.1994.

² U.Halbach, Rußlands Auseinandersetzung mit Tschetschenien, Bericht des BIOst, 61, 1994.

³ Ebenda, B/5 [11].

⁴ ITAR-TASS, 8.12.1994, SWB SU 2175 B/8 [24].

⁵ SWB SU, 2165 B/4, [9] 29.11.1994.

⁶ Ebenda, B/5 [13].

⁷ RIA, Moskau, Englisch, 12.12.1994.

In Berufung auf den "Willen unseres aus vielen Nationalitäten bestehenden Volkes" und den Artikel 7 des Gesetzes über den Ausnahmezustand verlangte der Präsident die Entwaffnung aller bewaffneten Gruppen innerhalb von 48 Stunden. Anderenfalls müsse der Ausnahmezustand in Tschetschenien erzwungen werden. Der "Interimsrat", das politische Organ der tschetschenischen Oppositionsgruppen, gab dem Ultimatum "volle Unterstützung".¹ Eine Sitzung des Sicherheitsrates am selben Tag wurde in den Medien als "entscheidend" für das weitere Vorgehen Moskaus in Tschetschenien dargestellt.

Die Forderung nach Entwaffnung der bewaffneten Konfliktseiten in Tschetschenien wurde zum wichtigsten Legitimationsmittel für die Intervention. An ihr wurde aber die Dubiosität russischer Politik in post-sowjetischen Konfliktzonen deutlich, die sich zuvor in Abchasien, Nordossetien, Tadschikistan und anderen "heißen Punkten" gezeigt hatte: eine Mischung aus Konfliktnutzung, ja Konfliktschürung und Konfliktregelung. Moskau hatte in den letzten Monaten bestimmte Konfliktparteien in Tschetschenien, insbesondere den "Provisorischen Rat" Awturchanows im Terekdistrikt (Nadtereñnyj rajon) mit Finanzmitteln und Waffen ausgestattet. Die Forderung nach "Entwaffnung der Konfliktseiten" zielte auf die militärische Kapitulation einer Konfliktseite, nämlich des Dudajewregimes, und politisch auf die Unterwerfung Tschetscheniens unter die Hoheit der Russischen Föderation.

Am 3. Dezember entschied die Regierung, Verhandlungen mit den "Konfliktseiten" in Tschetschenien zu führen. Die föderalen Behörden seien bereit, mit Grosny einen Vertrag über die Machtabgrenzung zwischen föderaler und regionaler Ebene zu führen, analog zu Verträgen mit anderen Föderationssubjekten (Tatarstan, Baschkortostan u.a.). Dabei wurde aber die Waffenniederlegung als Voraussetzung für Verhandlungen angesetzt. Anderenfalls seien Zwangsmaßnahmen und Ausnahmezustand angesagt.² Der ganze weitere Verhandlungsprozeß zeigte dann, daß die russische Führung auf dieses "Anderenfalls" zusteuerte.

Nach Eintritt in die "ultimative" Phase der Auseinandersetzung zwischen Moskau und Grosny wurde der russischen Öffentlichkeit klar, daß die Entwicklung auf eine massive militärische Intervention zusteuerte. In aller Deutlichkeit sprach dies ein Artikel N. Patscheginas in der "Nezavisimaja gazeta" am 7. Dezember aus. An der Grenze zu Tschetschenien vollziehe sich eine gewaltige Militärkonzentration. Bis an die Zähne bewaffnet trete Rußland einem kleinen Volk entgegen, das auf Unabhängigkeit beharrt. Doch was, um Gottes willen, solle nach der Intervention kommen.³

Reaktionen in Rußland

Schon vor der militärischen Eskalation war heftige Kritik an der Tschetschenienpolitik der Regierung geübt worden. Moskaus "covert action" in dem von außen unübersichtlichen Land, in dem politische Machtkämpfe ähnlich wie in Afghanistan und Tadschikistan von traditionellen Faktoren wie Stammes- und Sippenzusammenhängen bestimmt werden⁴, wurde als äußerst riskant bezeichnet. Einige Kritiker verwiesen auf die negativen Erfahrungen, die Rußland und andere Großmächte mit militärischen Eingriffen in vormoderne Gesellschaften gemacht hatten und machten die historischen Stichworte "Afghanistan" und "Kaukasuskrieg" zu warnenden Parolen, andere, einer Politik der Stärke grundsätzlich nicht abgeneigte Kritiker warnten davor, daß Demonstrationen der Stärke im Kaukasus sehr leicht zu Demonstrationen der Stümperhaftigkeit werden können. Die kritischen, warnenden, angstvollen Stimmen mehrten sich gegen Ende November, als der Übergang zur massiven Intervention unübersehbar wurde. Zentren der Kritik waren das Parlament, Teile des Militärs und schließlich sogar Personen aus der Umgebung des Präsidenten. Aber auch die Meinung der Bevölkerung kristallisierte sich schon vor dem Einmarschbefehl deutlich heraus. Nach einer demoskopischen Umfrage vom 5.-6. und vom 11.-12. Dezember sprachen sich vor dem Einmarschbefehl 57,7% von 680 Respondenten gegen die Entsendung russischer Truppen nach Tschetschenien aus (19,5% dafür, 22,8% ohne Meinung), nach dem 11. Dezember wuchs die Ablehnung auf 69,9% an.⁵

¹ SWB SU 2168 B/1 [3].

² ITAR-TASS, 4.12.1994, SWB SU 2171 B/3 [6].

³ Groznyj znaet èto vojna naznaèena na 10 dekabrja, NG, 7.12.94, S.6.

⁴ Zur Rolle der "Taïpe", der tschetschenischen Sippeneinheiten, siehe U.Halbach, Rußlands Auseinandersetzung mit Tschetschenien, a.a.O., S.13f.

⁵ Izv. 17.12.1994, S.1.

Das Parlament

Die beiden Parlamentskammern wurden sich anlässlich der Tschetschenienpolitik der Regierung ihrer Machtlosigkeit bewußt. Die hoffnungslose Abgehobenheit der Präsidialautokratie von der Gesellschaft wurde an der undurchsichtigen Entscheidung der russischen Führung zum Krieg in Tschetschenien und an der öffentlichen Absenz ihres obersten Entscheidungsträgers deutlich. Die erste Stellungnahme Jelzins gegenüber der Öffentlichkeit erfolgte am 27. Dezember, mehr als zwei Wochen nach dem Einmarsch.

In der Staatsduma sprach sich eine überragende Mehrheit der Parlamentarier aus den meisten Fraktionen für die "politische Lösung" und gegen die "gewaltsame Variante" aus. Das Potential für Verhandlungen und eine nichtmilitärische Lösung sei noch längst nicht ausgeschöpft worden. Unter den Abgeordneten traten insbesondere Sergej Juschenkow, Leiter des Komitees für Verteidigung, Wladimir Lysenko von der Republikanischen Partei, Leiter des Komitees für föderative Beziehungen, und einige Repräsentanten der nordkaukasischen Völker mit Vermittlungsaktivitäten hervor. Lysenko drängte Jelzin und den Sicherheitsrat, die Idee des Ausnahmezustands in Tschetschenien aufzugeben.¹ Tatsächlich hatte Jelzin schon einmal, im November 1991, bei der Verhängung des Ausnahmezustandes über Tschetschenien Schiffbruch erlitten und die umstrittene Figur Dudajews dadurch zum Nationalhelden gemacht. Auch der seit Herbst 1992 währende Ausnahmezustand in Nordossetien und Inguschien hatte bisher nicht zur Lösung des Konflikts zwischen Osseten und Inguschen geführt.²

Die Vertreter der "demokratischen Fraktionen" in der Staatsduma forderten Jelzin am 9. Dezember auf, im Fernsehen seine Position klar und deutlich zu formulieren. Mit der schärfsten Kritik war schon vorher der Vorsitzende der Partei "Rußlands Wahl", Jegor Gajdar, hervorgetreten und hatte die Absetzung der Falken in Jelzins Umgebung gefordert.³ Am Tag der Intervention äußerte er die Befürchtung, daß mit einem Sturm auf Grosny auch die Demokratie in Rußland in ein Blutbad getaucht werden könnte.⁴

Nach dem Truppeneinmarsch verdeutlichten Abgeordnete aus dem Nordkaukasus in der Duma die Gefahr einer regionalen Eskalation. Keine der nordkaukasischen Republiken könne den bewaffneten Einsatz billigen (U. Begow aus Dagestan); russische Gewalt in Tschetschenien werde nicht nur den Nordkaukasus, sondern die ganze Föderation in tiefe Irritation stürzen (M. Tolbojew); die Völker des Nordkaukasus machten seit zwei Jahren die Erfahrung, daß ein von Moskau verhängter Ausnahmezustand alles andere als eine Konfliktlösung bringe (A. Dsasochow aus Nordossetien).⁵

Ein Konzept der Duma zur Lösung der Tschetschenienkrise sah neben Waffenstillstand, Amnestie, Gefangenenaustausch, ökonomischen Hilfsmaßnahmen und Vorbereitung von Wahlen eine Maßnahme vor, die dem Landescharakter angemessen war: Fragen der nationalen Versöhnung sollten vom Ältestenrat in Tschetschenien in der Tradition kaukasischer Völker erörtert werden.⁶ Stattdessen baute die russische Führung in Moskau eine ihr genehme Schattenregierung für Tschetschenien auf.

Auch das Oberhaus, der Föderationsrat, übte vor dem 11. Dezember Kritik an föderalen Behörden, die den Konflikt unter Einsatz von Gewaltmitteln zu lösen versuchten. Besonders von seinem stellvertretenden Vorsitzenden, Ramasan Abdulatipow, kam Kritik an nicht näher bezeichneten Kräften, die die Situation in Tschetschenien gegen die Interessen Tschetscheniens, des Kaukasus und ganz Rußlands für selbstherrliche Zwecke ausnutzten.⁷ Auch der Sprecher des Föderationsrates, Schumejko, der die Maßnahmen der Regierung im Kaukasus ansonsten verteidigte, nannte die Anti-Dudajew-Politik einzelner russischer Führer kurzsichtig, da sie den Weg zu Verhandlungen über den politischen Status Tschetscheniens versperrten.

Die Duma forderte Jelzin zu einem Gewalt-Moratorium auf, was für den Präsidenten ebenso wenig bindend war wie die Appelle des Oberhauses. Die im Sicherheitsrat qua Amt vertretenen Vorsitzenden der beiden

¹ Interfax, 1.12.1994.

² Im Gegenteil: Der russischen Armee wurde der Vorwurf gemacht, massiv an Straf- und Vertreibungsmaßnahmen gegenüber den Inguschen beteiligt zu sein, der russischen Regierung der Vorwurf, die Öffentlichkeit über die Konfliktregelung in der Krisenzone und über die Rückführung von Flüchtlingen zu belügen.

³ Gajdar bezeichnet am 5.12. die russische Verwicklung in Tschetschenien als eine Provokation gegen Jelzin. Der Präsident müsse den Verteidigungsminister, den Direktor des FSK (Sergej Stepaschin), den Sekretär des Sicherheitsrates (Oleg Lobow) und den Nationalitätenminister (Nikolaj Jegorow) zur Verantwortung ziehen. Interfax 5.12, 2172 B/6, 14.

⁴ Radio Majak, 11.12.1994, 15.00 Uhr.

⁵ RIA, Moskau, 16.12.94; SWB SU 2181 B/8 23.

⁶ Itar-Tass, 15.12.1994.

⁷ Ebenda, 2173, B/7 [19].

Kammern, Iwan Rybkow und Sergej Schumejko, rechtfertigten allerdings insgesamt den Militäreinsatz.

Das Militär

Nichts machte die fatale Rückwirkung der Gewaltpose auf die russische Politik deutlicher als die Kritik, die im Militär selber gegen den militärischen Interventionismus geäußert wurde. Im Ausland fragte man sich, ob sich über Tschetschenien die russischen Streitkräfte spalten.¹

Die Namen der Kritiker wogen schwer. Sie standen für Kompetenz beim historischen Stichwort "Afghanistan" (Boris Gromow) oder beim Thema Intervention in postsowjetischen Krisenzonen (Aleksandr Lebed) oder für schlichte Verweigerung bei der Durchführung dieser speziellen Intervention (Iwan Babitschew u.a.). General Boris Gromow, der stellvertretende Verteidigungsminister, warnte am 5. Dezember auf einer Versammlung von Afghanistanveteranen und gegenüber Journalisten vor der militärischen Lösung. In Tschetschenien würde vom ersten Tag der Intervention an Widerstand auf die Interventionstruppen warten. "Wir müssen von unseren jüngsten Erfahrungen in Afghanistan und Tadschikistan lernen".² Auch General Lebed, des Pazifismus unverdächtig und mit Interventionserfahrung als ehemaliger Kommandeur der russischen Truppen in Transnistrien ausgestattet, gab sich höchst skeptisch. "Ich verstehe nicht, warum der Präsident den tschetschenischen Führer nicht einlädt und mit ihm einen Kompromiß verhandelt".³ Der laut Meinungsumfragen populärste russische Militär bot sich für das Oberkommando der Interventionstruppen an, aber nur, um sie aus Tschetschenien wieder herauszuführen.

Verweigerungen gegenüber einem Interventionsbefehl zeichneten sich schon vor dem 11. Dezember ab. Der Befehl an die im Militärdistrikt Fernost (Chabarovsk) stationierten Truppen des Innenministeriums, eine Sonderkommandantur für Grosny zu bilden, löste Offiziersversammlungen aus und stieß offenbar auf Widerstand.⁴ Der prominenteste Verweigerungsfall war der des Kommandeurs der Nordkolonne der Interventionstruppen. Generalmajor Iwan Babitschew fraternisierte beim Vormarsch auf Grosny mit der tschetschenischen Bevölkerung. Er würde, und zwar in Befolgung eines vorherigen ausdrücklichen Verbots des Präsidenten, seine Panzer unter keinen Umständen gegen die Bevölkerung einsetzen. Offensichtlichen Streit in der Militärführung signalisierte die Kritik hoher Militärs an Verteidigungsminister Gratschow, der am 22. Dezember selber das Kommando über die Intervention übernahm.⁵

Kritik aus dem Präsidentenstab

Schließlich wurden auch in der Umgebung Jelzins Bedenken geäußert, so in einem Fernsehinterview vom 12. Dezember mit Georgij Satarow, Leonid Smirnjagin, einem Mitglied des Präsidialrates, und Mark Urnow, dem Leiter des analytischen Zentrums beim Präsidenten.⁶ Da wurden Ängste vor einem "Ulster" in Rußland geäußert, "wo jede Straße in den nächsten 10-20 Jahren kontrolliert werden muß". Diese Entwicklung sei allerdings nur dann zu erwarten, wenn militärische Operationen gegen die Bevölkerung vorgenommen würden. Die drei Präsidentenberater gingen damals noch von der Gewißheit aus, daß Jelzin dies nicht zulassen würde. Kurz darauf zeichnete sich ein brutaler Krieg mit schweren Zerstörungen und vielen Todesopfern im Zivilbereich ab. Im Verlauf dieses Prozesses packten einige Liberale im Beraterstab Jelzins die Koffer. Andere, wie Emil Pajn, lagen mit sich und ihren Kollegen "im alten Streit, ob die russischen Demokraten weiter um Einfluß bei Jelzin ringen oder offen in Opposition gehen sollten".⁷ Otto Lacis enthüllte in seiner Kritik eine gespenstische Undurchsichtigkeit des politischen Mechanismus, der zu der Interventionsentscheidung in Moskau geführt hatte. Besonders die Fernsehrede Jelzins vom 27. Dezember, in der der Präsident entweder beträchtliche Verlogenheit oder einen bedenklichen Realitätsverlust offenbarte, ließ seine Umgebung erschauern.

Eine der spannendsten Fragen im aktuellen Kontext Moskauer Kaukasuspolitik ist, wer die maßgebende

¹ FAZ, 27.12.1994, S.1,3; NZZ, 24.12.1994, S.1; Financial Times 24.12.1994, S.1.

² SWB SU. 2174 B/6 [23].

³ Interfax, 2.12.1994.

⁴ Segodnja, 8.12.1994, S.2; Dementi des Verteidigungsministeriums am selben Tag (Radio Majak, 8.12. 16.30 Uhr).

⁵ Dazu gehörten die stellv. Verteidigungsminister General Gromow und General Kondratjew - letzterer hatte die Intervention als "schändliche Aktion" bezeichnet -, hohe Befehlshaber des Militärbezirks Nordkaukasus und ein Befehlshaber der Landstreitkräfte, der seine Entlassung anbot, als ihm das Oberkommando über die Interventionstruppen angetragen wurde. Vgl. FAZ, 27.12.1994.

⁶ Rossija, 12.12.1994, 17.25 Uhr; SWB SU 2178 B/12 [31].

⁷ D. Ostermann in Frankfurter Rundschau, 27.12.1994, S.3.

Umgebung des Präsidenten bildet, wer die "Partei des Krieges" repräsentiert. "Am Knirschen und Knarren im inneren Kremlkreis war lange erkennbar, daß Boris Jelzin wieder umdisponiert. Noch immer, wenn eine Säule unter seinem Thron zu bröckeln begann, hat er sich eine neue untergeschoben. Das liberale Lager hat ihn lange gestützt, weshalb man ihn für einen Liberalen hielt, auch dann noch, als er sich längst andere Pfeiler gesetzt hatte. Einer kam im vorigen Herbst dazu, es war die Armee. Klamheimlich, wie es ihr Geschäft ist, haben sich die Sicherheitsdienste hinzugesellt...Wenn zu viele Säulen der Macht gleicher Gesinnung sind, wird unkenntlich, wer Werkzeug ist in wessen Hand".¹

Uwe Halbach

¹ Derselbe, Frankfurter Rundschau, 15.12.94,S.3.